„Reform der Lehrerausbildung in Berlin“ **Vortrag am 16.4.2013 in der SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord**

1. Auslöser und Hintergründe der gegenwärtigen Debatte

- 1.1. In Berlin ist in den letzten Jahren eine grundlegende Reform des Sekundarschulwesens vollzogen worden: Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen wurden zu einer neuen Schulform, der „integrierten Sekundarschule“ (ISS) zusammengefasst. Damit bestehen in der Mittelstufe (Jg. 7-10) nur noch zwei Schulformen, nämlich Sekundarschulen und Gymnasien (plus Gemeinschaftsschulen). All diese Schulformen – und das ist ein zentraler Punkt – führen zum Abitur.
Es liegt auf der Hand, dass eine solch durchgreifende Schulreform auch Konsequenzen für die Lehrerbildung haben muss.
- 1.2. In Berlin (wie in allen anderen Bundesländern) erfolgt gegenwärtig die Umstellung hin zu einem inklusiven Schulwesen. Statt Kinder mit Benachteiligungen in Förderschulen auszugliedern, sollen sie künftig prinzipiell in Regelschulen unterrichtet werden. Gegenwärtig werden in Berlin etwa 30% der Kinder mit Benachteiligungen in Regelschulen und ca. 70% in Sonderschulen unterrichtet. Ein Beirat „Inklusive Schule in Berlin“ hat gerade eine Empfehlung vorgelegt, wie in einem mittelfristigen Prozess Inklusion für (fast) alle Kinder realisiert werden soll.
Dieser Reformprozess stellt völlig neue Kompetenzanforderungen an die Lehrkräfte der Regelschulen – und er stellt das bisherige Sonderschul-Lehramt infrage. Dies muss Konsequenzen für die Lehrerbildung haben.
- 1.3. Nach allen Daten, die ich kenne, steht Berlin vor einer neuen Phase des Lehrermangels. Einerseits steigen die Schülerzahlen, andererseits hält eine massive Pensionierungswelle noch einige Zeit an. Das bedeutet u.a., dass sich gegenwärtig die notwendigen Einstellungszahlen in nur zwei Jahren (zwischen 2012 und 2014) verdoppeln: Von 335 auf 667 in der Grundschule, von 149 auf 305 in den Gymnasien, von 133 auf 218 in den beruflichen Schulen (Quelle: Baumert-Gutachten).
Das bedeutet, dass Berlin intensive Anstrengungen unternehmen muss, um eine größere Zahl qualifizierter Lehrer/innen auszubilden.

2. Die Aussagen der Koalitionsvereinbarung 2011

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU aus November 2011 finden sich nur wenige Aussagen zur Lehrerbildung:

2.1. Allgemeine Absichtserklärung

„Die Lehrerbildung insgesamt soll in der kommenden Legislatur reformiert werden, um den gestiegenen Ansprüchen an Lehrerinnen und Lehrer gerecht zu werden“.

2.2. Gründung einer Kommission

Es gibt keine Aussage, in welche Richtung diese Reform gehen soll, sondern lediglich eine Verfahrensregelung: Es soll eine Kommission „unter Einbezug von externem Sachverstand“ eingerichtet werden, die dann Vorschläge zur Reform der Lehrerbildung machen soll. Über die Ergebnisse dieser Kommission berichte ich gleich.

2.3. zeitliche Vorgaben für die Lehrerausbildung

Sodann wurden zeitliche Vorgaben gemacht, durch die eine gleich lange Ausbildung für alle Lehrämter festgelegt wird (Abbau des Gymnasial-Privilegs):

- Alle Lehrämter werden künftig in einem 6-semestrigen BA-Studiengang und einem 4-semestrigen MA-Studiengang (also: 10 Semester für alle) studiert.

- Für alle Lehrämter soll der Vorbereitungsdienst künftig 18 Monate dauern. Also auch hier: gleich lange Ausbildungszeit

3. Was hat die Kommission empfohlen? (Teil 1)

- 3.1. Unmittelbar nach Installierung des neuen Senats berief die neue Schul- und Wissenschaftssenatorin eine „Expertenkommission Lehrerbildung“, die aus zehn Professorinnen und Professoren (aus sechs Bundesländern) bestand. Sie arbeitete unter dem Vorsitz von Prof. Jürgen Baumert, Direktor am hiesigen Max-Planck-Institut für Bildungsforschung – ein hoch renommierter Bildungsforscher. Die Kommission wird deshalb auch gern als „Baumert-Kommission“ bezeichnet.
- 3.2. Diese Kommission legte nach ca. neun Monaten – im September 2012 – ein 60seitiges Papier vor, das klare Empfehlungen für die Umstrukturierung der Berliner Lehrerbildung enthält. Ob und in welchem Umfang diese Empfehlungen umgesetzt werden sollen, wird seitdem sowohl öffentlich als auch hinter den Kulissen heftig diskutiert. Bevor ich diese Empfehlungen hier präsentiere, ist ein kurzer Blick zurück erforderlich: Wie ist denn die Struktur der Berliner Lehrerbildung gegenwärtig? Oder anders formuliert: Was soll denn überhaupt verändert werden?

4. Einschub: Die gegenwärtige Struktur der Lehrerbildung in Berlin

- 4.1. In allen Bundesländern – auch in Berlin – spiegelt die Struktur der Lehrerbildung bis heute die überkommenen Unterschiede zwischen Gymnasium und Volksschule wider. Das bedeutet für Berlin, dass es hier zwei Lehrämter in der „Volksschul-Tradition“ gibt, die beamtenrechtlich im „gehobenen Dienst“ angesiedelt sind.
- 4.2. Dabei handelt es sich um das „Amt des Lehrers“ und das „Amt des Lehrers mit zwei Fächern“. In einem Fall geht es um Lehrkräfte, die vor allem in der Grundschule eingesetzt werden; im anderen Fall um Lehrkräfte, die vor allem für Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen ausgebildet wurden. Sie studieren vier Jahre (2-semesteriger MA), erhalten die Lehrbefähigung bis zur 10. Klasse, absolvieren einen einjährigen Vorbereitungsdienst. Als Beamte werden sie entweder nach A12 oder nach A13 bezahlt. Wichtig: Diese Lehrer/innen haben keine Lehrbefähigung für das Gymnasium, schon gar nicht für die Oberstufe.
- 4.3. Daneben existiert in der gymnasialen Tradition das „Amt des Studienrats“ im höheren Dienst: Studienzeit fünf Jahre (4-semesteriger MA), zweijähriges Referendariat, Lehrbefähigung fürs Gymnasium, Besoldung nach A13 mit Zulage – Aufstiegsmöglichkeiten nach A 14 und A 15.
- 4.4. Schließlich existiert das „Lehramt an Sonderschulen“. Darauf komme ich gleich zu sprechen. Dass es auch noch das „Lehramt für berufliche Schulen“ gibt, weiß ich. Doch es spielt in der gegenwärtigen Reformdebatte kaum eine Rolle.

5. Was hat die Kommission empfohlen? (Teil 2)

- 5.1. Die wichtigste Empfehlung der Kommission lautet, künftig für allgemeinbildende Schulen nur noch zwei Lehrämter auszuweisen – und dies strikt stufenbezogen:
 - a) das Lehramt an Grundschulen (also Jg. 1 bis 6) und
 - b) das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien (also Jg. 7 bis 13).Dass beide Empfehlungen sowohl politische wie fachliche Sprengkraft besitzen, will ich jetzt verdeutlichen.
- 5.2. Die Empfehlung, für die Lehrer/innen der Sekundarstufe I und II in allen allgemeinbildenden Schulen künftig nur noch *ein* Lehramt zu führen und somit eine einheitliche Lehrerbildung anzubieten, stellt einen deutlichen Bruch mit der alten Ungleichheits-

Tradition – hier Gymnasium, da Volksschule - dar. Die Gründe, die die Baumert-Kommission für diesen Vorschlag ins Feld führt, sind m. E. überzeugend:

a) Es gibt in Berlin in der Sekundarstufe zwei (bzw. drei) gleichberechtigte Schulformen, die zum Abitur führen. Deshalb werden in allen Schulformen an die Lehrer/innen die gleichen Ansprüche an ihre fachliche Kompetenz gestellt. Deshalb ist ein volles Studium von zwei Fächern für alle notwendig.

b) Alle Schulformen – auch das Gymnasium – verfügen über eine heterogene Schülerpopulation. Deshalb benötigen die Lehrkräfte in allen Schulformen didaktische Kompetenzen für differenzierenden und individualisierenden Unterricht. Deshalb ist ein umfassendes pädagogisch-didaktisches Studium für alle erforderlich.

Sollte der Berliner Gesetzgeber dieser Empfehlung folgen, wäre ein historischer Schlusspunkt gesetzt: Die Ungleichheit der Lehrerbildung wäre aufgehoben. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass es an dieser Stelle massive Probleme mit der CDU gibt.

- 5.3. Die zweite Empfehlung der Kommission lautet, ein reines Grundschullehramt für die Klassen 1 bis 6 einzuführen. Diese Empfehlung bricht mit der Berliner Tradition, dass in der Linie der alten „Volksschule“ Lehrbefähigungen immer für die Grundschule *und* die Sekundarstufe I – also für die Klassen 1 bis 10 – ausgesprochen wurden. Dies bedeutet, dass sich bisher die Ausbildung bei wenigstens einem Unterrichtsfach immer bis auf die Anforderungen der Kl. 10 beziehen musste – und dies bei einem relativ kurzen Studium. Die Kommission argumentiert hier – ich finde ebenfalls plausibel –, indem sie auf die strukturellen Unterschiede in den Tätigkeitsanforderungen von Lehrkräften an Grundschulen und an Schulen der Sekundarstufe verweist: Grundschullehrer/innen müssen mit ihrer „ganzen Person“ als Bezugsperson und als Entwicklungsbegleiter für Kinder vom Schulbeginn an tätig sein. Sie müssen den Kindern die unterschiedlichen Symbolsysteme (Sprache, Rechnen) erschließen und sie kindgemäß in bestimmte fachliche Lernbereiche einführen. Eine darauf zugeschnittene akademische Ausbildung – die sehr stark pädagogisch, psychologisch, didaktisch ausgerichtet sein soll – verträgt sich nach Ansicht der Kommission nicht mit einem „fachwissenschaftlich akzentuierten Studiengang für die Sekundarstufe“. Deshalb der Vorschlag, ein eigenes Grundschullehramt einzurichten. Das ist im Übrigen eine Struktur, die es in vielen anderen Bundesländern (so in NRW und in Bayern) gibt.

Der Widerstand gegen diesen Vorschlag kommt – soweit ich das sehe – nicht von der politischen Konkurrenz, sondern aus unserer eigenen Partei: Eine Arbeitsgruppe des SPD-Fachausschusses „Stadt des Wissens“ hat eine Stellungnahme verabschiedet, in dem das eigenständige Grundschullehramt abgelehnt wird – verbunden mit der Forderung, dass auch weiterhin ein Unterrichtsfach für die Sekundarstufe voll studiert werden soll. Dahinter steckt auch die Sorge, dass bei einer zu starken fachwissenschaftlichen Dominanz des neuen Sekundarschul-Lehramts die pädagogischen Probleme der 12- bis 16jährigen nicht mehr hinreichend thematisiert werden.

- 5.4. Angesichts der absehbaren Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem empfiehlt die Kommission, den bisher eigenständigen Studiengang „Lehramt an Sonderschulen“ abzuschaffen. An seine Stelle sollen zwei sonderpädagogische Ausbildungselemente für die Lehrkräfte des Regelsystems treten:

a) Alle angehenden Lehrer/innen – ob Grundschule, Sekundarstufe oder Berufsschule – müssen im Rahmen ihres erziehungswissenschaftlichen Studiums mehrere Pflichtveranstaltungen zum Bereich „Inklusion, integrativer Unterricht, Förderung bei Lernproblemen“ belegen (6 LP).

b) In allen drei Lehrämtern ist es möglich, einen Studienschwerpunkt „Sonderpädagogik“ zu studieren, der einen Umfang von 100 LP umfasst – das ist der Aufwand für ein kom-

plettes Fachstudium. Dieses Sonderpädagogik-Studium ersetzt das Studium eines Unterrichtsfaches. Wir hätten dann in der Sekundarstufe Lehrer/innen, die als sonderpädagogische Spezialisten ausgebildet sind, die zugleich aber ein Unterrichtsfach bis zum Abitur unterrichten können. Auf diese Weise würde eine allgemeine Lehrerbildung und die sonderpädagogische Ausbildung zusammengeführt. Es entsteht ein Qualifikationsprofil, das für die inklusive Schule als besonders günstig gilt.

Ich finde dies einen vernünftigen und gut nachvollziehbaren Vorschlag. Von einer öffentlichen Diskussion über diesen Vorschlag hab ich nichts gehört – die parteiinterne Kommission stimmt hier zu.

- 5.5. Schließlich will ich noch kurz erwähnen, dass die Kommission einen weiteren Vorschlag gemacht hat, der nicht in der Öffentlichkeit, aber unter Fachexperten heiß diskutiert wird: die Einführung eines Praxissemesters.

Im dritten MA-Semester, also ziemlich am Ende des Studiums, sollen die Studierenden ein Semester in der Schule verbringen, um sich in kritischer und systematischer Weise mit den Gegebenheiten und Anforderungen der Praxis auseinanderzusetzen. Das Ganze soll realisiert werden in einer Kooperation zwischen Universität, Studienseminaren und schulischen Mentoren. Wie es gelingen kann, gleichzeitig etwa 1.000 Studierende in Berliner Schulen in sinnvolle fachliche Lernprozesse zu bringen, wie es dabei zu einer Kooperation zwischen Universitätsdozenten und schulischen Mentoren kommen kann, wird z. Zt. heiß diskutiert. Soweit ich sehe, zeichnet sich da bisher kein klares Konzept ab. Vorlagen aus der Senatsbehörde gibt es noch nicht.

6. Schlusspunkt: Der aktuelle Stillstand

Der politische Knackpunkt dieses Reformvorhabens liegt in dem Vorschlag, ein einheitliches Sekundarschullehramt einzuführen. Dies wird aus konservativer Perspektive vor allem als Abschaffung der Studienrats-Laufbahn - und damit als Aktivität zur Demontage des Gymnasiums – angesehen. Dies sei – so für die CDU „nicht verhandelbar“ - sagt ihr bildungspolitischer Sprecher Stefan Schlede (Tagesspiegel“ vom 14.3.13). „Weil dieser Dissens zwischen SPD und CDU bisher nicht aufgelöst werden konnte, hat die Bildungssenatorin bisher auch keinen Gesetzesentwurf vorgelegt. Ein Referentenentwurf soll hausintern existieren, wird bisher aber unter Verschluss gehalten. Glaubt man der Presse, so gehen die Sozialdemokraten hier auf eine Kompromisslinie: Zwei parallele Lehrämter, die gleich besoldet werden, aber inhaltlich unterschiedlich ausgerichtet sein sollen. Und wörtlich heißt es dazu im Tagesspiegel:

„Die Gymnasiallehrer würden etwa höhere Mathematik belegen, die Sekundarschullehrer hingegen Konfliktmanagement“.

Da haben wir sie wieder – die gute alte Teilung zwischen Gymnasium und Volksschule.

Quellen:

Bildung in Berlin und Brandenburg. Ein indikatorengestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf. Berlin/Potsdam 2008

Bildungsbericht 2012: Bildung in Deutschland 2012, hrsg. Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung., Bielefeld 2012

Koalitionsvereinbarung zwischen SPD Berlin und CDU Berlin für die Legislaturperiode 2011-2016. November 2012

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (Hrsg.): Ausbildung von Lehrkräften in Berlin. Empfehlungen der Expertenkommission Lehrerbildung. September 2012

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (Hrsg.): inklusive Schule in Berlin. Empfehlungen des Beirats. Februar 2013

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (Hrsg.): Blickpunkt Schule. Schuljahr 2012/2013. Februar 2013

Tagesspiegel v. 14.3.13: „Streit um den ‚Einheitslehrer‘: SPD geht auf die CDU zu“ (S. 10)